

nachrichten

Streit der Familie Bettencourt beigelegt

PARIS. Nach ihrem jahrelangen, erbitterten Familienstreit haben sich die französische L'Oréal-Milliardärin Liliane Bettencourt und ihre Tochter überraschend versöhnt. Françoise Bettencourt-Meyers werde alle von ihr angestregten gerichtlichen Verfahren zurückziehen, sagte der Anwalt der Tochter am Montag. Dies beziehe sich insbesondere auf die Anzeigen gegen den Fotografen François-Marie Banier. Ihm hatte die Tochter vorgeworfen, ihre 88-jährige Mutter ausgenutzt und um fast eine Milliarde Euro in Form von Gemälden, Immobilien und Checks erleichtert zu haben. SDA/AFP

Deutscher Minister lehnt Atomtransport ab

BONN. Deutschland wird bis auf Weiteres keine Castor-Behälter mit atomaren Brennelementen nach Russland transportieren. Der deutsche Umweltminister Norbert Röttgen verweigerte am Montag in Bonn seine Zustimmung. Nach sorgfältiger Prüfung sei er «zu der Überzeugung gekommen, dass gegenwärtig nicht angenommen werden kann, dass die Voraussetzungen für eine schadlose Verwertung vorliegen», sagte Röttgen. Die 951 Brennelemente, die in das russische Atomkombinat Majak gebracht werden sollten, bleiben nun im Zwischenlager Ahaus. DPA

Kritik an Prügelstrafe in Malaysia

KUALA LUMPUR. Die Prügelstrafe hat in Malaysia nach einem Bericht der Menschenrechtsorganisation Amnesty International «epidemische Ausmasse» angenommen. Tausende Menschen würden jedes Jahr zu Schlägen verurteilt und mit Stockhieben traktiert, und viele trügen lebenslange körperliche und psychische Narben davon. DPA

Atomgespräche mit Iran wieder im Gang

GENÈVE. Nach 14 Monaten Unterbruch haben die fünf UNO-Vetomächte und Deutschland am Montag in Genf eine neue Verhandlungsrunde über das iranische Atomprogramm eingeleitet. Die Gespräche stehen unter Leitung von EU-Aussenministerin Catherine Ashton (l.) und Irans Chefunterhändler Said Jalili (r.). Bei dem auf zwei Tage angesetzten Treffen soll es zunächst um eine Tagesordnung für eine Fortsetzung des Dialogs gehen. SDA

Berlusconi spricht vom Ende seiner Karriere

ROM. Acht Tage vor der entscheidenden Vertrauensabstimmung im Parlament hat Italiens Premierminister Silvio Berlusconi erstmals von einem möglichen Ende seiner politischen Karriere gesprochen. «Ich bin mir absolut bewusst, dass ich ein gewisses Alter habe und dass ich früher oder später anderen das Ruder überlassen muss. Ich werde es aber erst tun, nachdem ich unser Regierungsprogramm umgesetzt habe», erklärte Berlusconi. SDA

Blutiger Terrorangriff in Pakistan

ISLAMABAD. Bei einem doppelten Selbstmordanschlag der Taliban auf ein Treffen regierungstreuer Stammesältester in Pakistan sind am Montag nach Spitalangaben mindestens 43 Menschen getötet und mehr als 100 verletzt worden. DPA

**Mit manipulierten Wahlen hat das Regime die Opposition aus dem Parlament verbannt
Ein zweifelhafter Sieg für Mubarak**

ASTRID FREFEL, Kairo



Ein ägyptischer Karikaturist liess sich vom Slogan der Muslimbrüder «Islam ist die Lösung» inspirieren. «Geld ist die Lösung», fand er passend für die Regierungspartei NDP. Mit Spott, Hämme und Witzen haben viele Ägypter und Ägypterinnen auf das reagiert, was die NDP-Strategen eine «Hochzeit der Demokratie» genannt haben. Der Kolumnist, der diese manipulierte Parlamentswahl als «Begräbnis der Demokratie» bezeichnete, hat die tatsächlichen Konsequenzen wohl eher erfasst. Stimmenkauf, Schlägertruppen und Manipulationen mit den Wahlurnen waren die wenig kreativen Instrumente, die den NDP-Obersten zum Ziel verhalfen. Das Resultat ist eindrücklich. Mit über 95 Prozent der Mandate wird Präsident Hosni Mubaraks Partei das neue Parlament mit wenig Legitimität monopolisieren. Das sind Verhältnisse wie in den 1970er-Jahren. Und damit wird sich die verheerendste Krankheit des ägyptischen Systems, nämlich das Fehlen jeder Kontrolle über die Regierung, verschlimmern. Das sind die besten Voraussetzungen, dass das Krebsgeschwür Korruption ungestört weiterwuchern kann.

Diesmal haben die Wahlmanipulationen das in Ägypten gewohnte Mass deutlich überstiegen.

Überhaupt gibt es nach diesem Urnengang eine lange Liste von Verlierern, angefangen bei den Wählern, die keine echte Auswahl hatten und von denen viele frustriert sind, weil ihnen ihre Stimme gestohlen wurde. Dass das Vertrauen ohnehin nicht gross war, macht eine Wahlbeteiligung von höchstens 15 Prozent deutlich.

ISLAMISTEN OUT. Verloren hat natürlich auch die Opposition. Die Muslimbrüder, die bisher einen Fünftel der Sitze besetzten, sind nicht mehr in der Abgeordnetenkammer vertreten. Die Botschaft des Regimes war klar: Die Islamisten werden in Zukunft am Nil keine politische Rolle mehr spielen.

Die Hoffnung heisst Cartagena
Streit um Kyoto-Protokoll beherrscht die Klimaverhandlungen in Cancun

CHRISTIAN MIHATSCH, Cancun

Während die USA und China überraschend ruhig auftreten, sorgen kleinere Länder in Cancun für schrille Töne.

Die USA seien «wie ein Schwein, das sich vor dem Spiegel in Pose wirft», sagte der chinesische Chefunterhändler bei der letzten Vorbereitungskonferenz vor dem Klimagipfel im mexikanischen Cancun. Und die Amerikaner bezichtigten Peking im Gegenzug des «Wortbruchs». Drei Monate später, in Cancun, ist alles ganz anders. Die Amerikaner betonen unablässig die Gemeinsamkeiten mit China, und die Chinesen sagen in der Öffentlichkeit gar nichts. So begannen die Verhandlungen im «Moon Palace», einem Luxushotel am Strand von Cancun, in überraschend friedlicher Atmosphäre.

FEHDEHANDSCHUH. Doch lange sollte der Frieden nicht andauern. Ausgerechnet das ansonsten eher unauffällige Japan sorgte für den ersten Eklat: «Wir werden uns einer Verlängerung des Kyoto-Protokolls unter keinen Umständen anschliessen», sagte Kuni Shimada vom japanischen Umweltministerium und warf damit den Entwicklungsländern den Fehdehandschuh vor die Füsse. Denn für die Entwicklungsländer hat die Ver-



Desinformation. Ein Vertreter der Regierungspartei spricht vor den Medien von einem geregelten Wahlverlauf. Foto Keystone

Dadurch, dass die Wahlkommission Dutzende von Gerichtsurteilen nicht zur Kenntnis genommen hat, hat auch das Ansehen des ohnehin schwachen Rechtsstaates weiter gelitten. Mit den Wahlmanipulationen, die das in Ägypten gewohnte Mass deutlich überstiegen, hat sich die NDP aber auch selbst geschadet. Die eigenen Reformkräfte wurden völlig überrollt, und die Parteiführung hat bewiesen, dass die angekündigte Demokratisierung nichts mehr ist als eine leere Worthülse. Mubarak persönlich hatte faire und transparente Wahlen versprochen. Bei einer Demonstration zeigten ihm Oppositionelle am Wochenende deshalb die Rote Karte. Schliesslich steht auch Gamal Mubarak in einem schlechten Licht da. Der Präsidentensohn und mögliche Nachfolger trägt als Spitzenfunktionär der NDP

die Verantwortung für den Scherbenhaufen. Die Tatsache, dass er sich nach dem Boykott der Opposition bei der bedeutungslosen Stichwahl vom Sonntag in den Kontrollraum seiner Partei gestellt hat, macht das Bild nicht besser.

VAKUUM. Die Konsequenzen eines einfarbigen, nicht repräsentativen Parlaments werden nicht ausbleiben. In der Bevölkerung hat sich viel Ärger über eine Regierung aufgestaut, welche die Armen ärmer und die Reichen reicher macht. In Zukunft wird das Parlament kein Forum für entsprechende Debatten mehr sein. Andere Akteure, zum Beispiel Studenten oder Gewerkschaften, werden dieses Vakuum füllen. Deshalb gehen alle Beobachter davon aus, dass künftig politische Auseinandersetzungen vermehrt auf der Strasse ausgetragen werden. In einem Land, in

dem der Ausnahmezustand herrscht und die Versammlungsfreiheit massiv eingeschränkt ist, sind gewalttätige Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften programmiert. Die Parlamentswahlen brachten einen Vorgesmack auf die Präsidentenwahl Ende 2011. Jetzt ist klar, dass die NDP alle Hürden aus dem Weg räumen wird, um ihren Kandidaten ungefährdet an die Staatsspitze zu hieven. Die Opposition, darunter auch die Bewegung für Veränderung des ehemaligen Chefs der Internationalen Atomenergiebehörde, Mohammed al-Baradei, hat für Sonntag zu einem «Tag des Zorns» ausgerufen. Andere Mittel als die Strasse werden sie nicht haben, um gegen die Vererbung der Macht vom Vater auf den Sohn zu kämpfen. Ägypten stehen ungewisse Zeiten bevor. korrespondenten@baz.ch

Stunde der Wahrheit in Irland

Parlament stimmt über Budget ab

SEBASTIAN BORGER, London

Das politische Europa blickt gebannt nach Dublin: Im irischen Parlament wird heute über den Nothaushalt abgestimmt, der als Grundlage des EU-Rettungsschirms dient.

Sollte die irische Koalitionsregierung von Premierminister Brian Cowen das brisante Votum verlieren, wären neue Turbulenzen für den Euro programmiert. Trotz verheerender Umfrageergebnisse gibt sich die Regierung optimistisch. Er sei zuversichtlich vor der Abstimmung, beteuerte Aussenminister Micheal Martin: «Es ist wichtig für unser Land, dass dieser sehr schwierige Haushalt verabschiedet wird.»

Die Grüne Insel musste Ende November ein Rettungspaket von EU und Währungsfonds (IWF) im Gesamtwert von 85 Milliarden Euro akzeptieren, das dem Land schwere Belastungen auferlegt. In der Bevölkerung stösst die Hilfe aus Brüssel und Washington auf wenig Verständnis; sie wird als Unterstützung für die verstaatlichten irischen Banken und deren Gläubiger auf dem Kontinent interpretiert.

Der Verdross über die wirtschaftliche Lage hat politische Auswirkungen: Die grosse Regierungspartei Fianna Fail (FF) und der kleine grüne Koalitionspartner schneiden in der jüngsten Umfrage miserabel ab. Während die Grünen bei zwei Prozent und damit im politischen Abseits landeten, fiel FF auf 13 Prozent und damit auf Platz vier zurück – hinter die grossen Oppositionsparteien Fine Gael (32) und Labour (24), aber auch hinter die Ex-Terroristen von Sinn Féin (16 Prozent). Dementsprechend herrscht in der FF-Fraktion Panik, und gegen den glücklosen Taoiseach (gälisch für Premierminister) Cowen werden bereits die Messer gezetzt.

längerung des Kyoto-Protokolls, das Ende 2012 ausläuft, «beinahe religiöse Bedeutung», wie ein europäischer Diplomat sagt. Denn für die Entwicklungsländer dokumentiert das Protokoll die «Klimaschuld» der Industriestaaten, die für einen Grossteil der Emissionen seit Beginn der industriellen Revolution verantwortlich sind.

ALBA-ALLIANZ. Aufgenommen wurde der Fehdehandschuh dann von der «Bolivarischen Allianz der Völker von unserem Amerika», kurz, Alba, einer Verhandlungsgruppe bestehend aus Bolivien, Venezuela, Kuba, Nicaragua und Ecuador. Diese drohen nun damit, die Verhandlungen scheitern zu lassen, wenn man sich in Cancun nicht auf eine Verlängerung des Kyoto-Protokolls einigt.

Eine Folge dieses Disputs ist, dass die Diskussion um den Inhalt eines zukünftigen Abkommens in den Hintergrund rückt. Denn der Streit um Kyoto ist ein Streit um die Form des Abkommens. Die drei wesentlichen inhaltlichen Elemente der Klimaverhandlungen sind hingegen die Reduktionsziele für die CO₂-Emissionen, die Finanzierung von Klimaschutzmassnahmen und die Transparenz sowohl der Emissionen als auch der Fi-

nanzflüsse. Nur wenn es gelingt, eine Balance zwischen diesen drei Elementen zu finden, besteht Aussicht auf Erfolg in Cancun. Die Hoffnung, dass es die Länder schaffen, hier einen Kompromiss zu finden, ruht dabei zu einem Gutteil auf einem noch jungen Dialogforum: Der Cartagena Dialogue umfasst sowohl Entwicklungs- als auch Industrieländer. Mitglied sind die EU, Deutschland, Gastgeber Mexiko, Australien, Äthiopien, Thailand und kleinere Staaten aus allen Kontinenten.

NEUER ANSATZ. Gemeinsam ist diesen Staaten, dass sie alle als «fortschrittlich» gelten und einen neuen Ansatz zur Überwindung des Gegensatzes zwischen armen und reichen Ländern suchen. Und innerhalb ihres Dialogforums ist ihnen dies auch gelungen: Der Cartagena Dialogue hat für die wesentlichen Fragen Kompromissvorschläge ausformuliert, die nun von den Mitgliedern im Rahmen der Verhandlungen propagiert werden. Trotzdem ist ein Erfolg noch lange nicht ausgemacht. Denn letztlich müssen alle Länder zustimmen. Genug Arbeit also für die Minister, die nun die Verhandlungen von ihren Klimadiplomaten übernehmen.